

Simon-Skjodt Zentrum für Prävention von Genozid

In der aktuellen politischen Krise ist die Zivilbevölkerung in den anglophonen Regionen Nordwest und Südwest Kameruns unmittelbar dem Risiko von Massengräuertaten ausgesetzt, resultierend aus der tatsächlichen und wahrgenommenen Marginalisierung der anglophonen sprachlichen und kulturellen Rechte und Identität durch die Regierung.

Als englischsprachige Zivilisten 2016 gegen diskriminierende Regierungspolitik protestierten, gingen die Sicherheitskräfte der Regierung gewaltsam gegen sie vor. Jetzt kämpfen Kameruns Sicherheitskräfte und bewaffnete Separatistengruppen aus der englischsprachigen Bevölkerung. In einer Krise, die über sprachliche und kulturelle Rechte und Identität begann, zielt jede Seite auf Zivilisten, die sie als illoyal empfindet. Mit mehr als 4.000 Toten und über 765.000 Menschen, die gezwungen sind, ihre Häuser zu verlassen, sind Zivilisten in den anglophonen Regionen Kameruns unmittelbar von Massengräuertaten bedroht. In der Region Far North in Kamerun sind Zivilisten in einen Konflikt zwischen Aufständischen von Boko Haram und staatlichen Sicherheitskräften verwickelt.

In der statistischen Risikobewertung des Simon-Skjodt-Zentrums liegt Kamerun derzeit auf Platz neun der Länder, in denen das Risiko eines Massenmordes besteht. Die Situation hat sich seit 2017 erheblich verschlechtert, als Kamerun den 36. Platz belegte. Als anglophone Zivilisten Ende 2016 Proteste gegen die Marginalisierung durch die frankophone Mehrheitsregierung starteten, reagierten die staatlichen Sicherheitskräfte mit übertriebener Härte, nahmen angeblich Demonstranten fest, schlugen und entmenschlichten und erschossen sie. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen Sicherheitskräfte Berichten zufolge im September und Oktober 2017 innerhalb von 12 Tagen bei weitgehend friedlichen Protesten über 20 Menschen getötet haben. Kurz darauf kämpften anglophone Separatisten für die Unabhängigkeit des Gebiets, das sie als Südkamerun oder Ambazonia bezeichnen.

Die Krise ergab sich aus den langjährigen politischen Missständen der anglophonen Gemeinschaft. Doch heute macht es der Kampf zwischen beiden Seiten schwierig, eindeutige Motive zu erkennen. Berichten zufolge zielen Sicherheitskräfte auf anglophone Zivilisten, denen vorgeworfen wird, Separatisten zu unterstützen. Es ist unklar, inwieweit Sicherheitskräfte auch auf die anglophone sprachliche und kulturelle Identität abzielen. In der

Zwischenzeit zielen bewaffnete Separatisten, die behaupten, die anglophone Bevölkerung zu vertreten, Berichten zufolge auf Zivilisten, von denen sie glauben, dass sie die Regierung unterstützen. Die Zivilbevölkerung ist von beiden Seiten unter Beschuss und sitzt zwischen allen Stühlen.

Seit 2017 hat die Krise

- mehr als 4.000 Kameruner getötet.
- ungefähr 800.000 Menschen zu heimatlosen Binnenvertriebenen (IDPs) gemacht und fast 60.000 Flüchtlinge in das benachbarte Nigeria vertrieben.
- fast zwei Millionen Kameruner zu Empfängern humanitärer Hilfe gemacht, eine 15-fache Zunahme seit 2017.
- Zivilisten zu Objekten nie dagewesener maßloser Gewalt gemacht, durch Angehörige staatlicher Sicherheitskräfte ebenso wie durch anglophone bewaffnete Separatistengruppen.

Angesichts der militärischen Übermacht der Regierung und der letzten Entschlossenheit zur Unabhängigkeit durch bewaffnete Separatisten gibt es offensichtlich keinen Weg zu einer friedlichen, verhandelten Lösung der Krise. Solange diese Situation anhält, sind Zivilisten unmittelbar von Massengräuertaten bedroht. Dieser Überblick gibt Auskunft über die Risiken von Massengräuertaten in den anglophonen Regionen Kameruns und gibt Empfehlungen an die kamerunische Regierung, bewaffnete Separatistengruppen und internationale Akteure, um Gräueltaten vorzubeugen und die Zivilbevölkerung zu schützen.

Seit Ende 2019 scheint die anglophone Krise in Kamerun in eine neue Phase verstärkter Angriffe auf Zivilisten eingetreten zu sein. Je länger die Krise andauert, desto mehr Zivilisten werden geschädigt. Das derzeit größte Risiko für die Zivilbevölkerung besteht darin, dass die Krise länger andauert. Der Grund liegt darin, dass beide Seiten sich weigern, eine politische Lösung zu suchen, während gleichzeitig die Fähigkeit separatistischer Gruppen zunimmt, Gewaltakte zu begehen – jüngst durch den Bau eigener Sprengsätze. Auch die von manchen antizipierte „biologische Lösung des Konflikts“ durch Tod des 87-jährigen Präsidenten Paul Biya im Amt könnte zu Instabilität führen, welche die Krise eskalieren lässt.

Folgenden Entwicklungen erhöhen das Risiko von Massengräuertaten:

1. STEIGENDER MISSBRAUCH VON GEWALT DURCH SICHERHEITSKRÄFTE UND SEPARATISTEN

In den Monaten vor den Parlaments- und Kommunalwahlen im Februar 2020 haben Separatisten und Sicherheitskräfte eine beispiellose Flut von Angriffen auf Zivilisten gestartet.

Separatisten griffen Kandidaten und Wähler an, die an sogenannten Scheinwahlen teilnahmen. Anstatt die Wähler zu schützen, brannten Sicherheitskräfte mehrere Dörfer nieder und verübten Dutzende Morde, darunter das **Massaker von Ngarbuh**. Es ist ungewiss, wie sich die COVID19-Pandemie auf diesen Anstieg der Gewalt auswirken wird. Es ist möglich, dass COVID-19 die Aufmerksamkeit von der anglophonen Krise ablenkt und von der Weltöffentlichkeit unbemerkt zu vermehrten Angriffen auf Zivilisten führt.

2. ZERSPLITTERUNG DER SEPARATISTISCHEN BEWEGUNG

Es gibt keine einheitliche separatistische Bewegung, sondern eine zunehmend unorganisierte Ansammlung unterschiedlicher Gruppen, teilweise im Kampf untereinander. Berichten zufolge werden separatistische oder terroristische Gruppen bei ihren Angriffen auf Zivilisten immer brutaler. Sicherheitskräfte verwenden dies als Rechtfertigung, um gewalttätigere Angriffe auf separatistische Gruppen und Zivilisten durchzuführen, denen vorgeworfen wird, sie in ihren Gemeinden aufgenommen oder untergebracht zu haben. Es ist unklar, welchen Grad an Kontrolle Separatistenführer in der Diaspora über bewaffnete Gruppen vor Ort haben.

3. SEPARATISTISCHE GRUPPEN WERDEN BESSER AUSGESTATTET UND AUSGEBILDET

Als Ersatz für die zu Beginn der Krise eingesetzten improvisierten oder lokal produzierten Jagdschrotflinten sollen Separatisten neben dem Schmuggel von Waffen aus Nigeria auch ausgefeiltere Waffen von kamerunischen Sicherheitskräften erbeutet haben. Kürzlich wurde berichtet, dass Separatisten selbstgemachte Bomben und improvisierte Sprengkörper herstellen. Laut einigen Experten errichten Separatistengruppen möglicherweise auch Trainingslager in Nigeria. Bis zu diesem Zeitpunkt waren externe Akteure nicht bereit, eine fragmentierte Separatistenbewegung zu finanzieren, obwohl einige Diaspora angeblich Crowdsourcing-Mittel für Waffen für Separatisten bereitgestellt haben. Wenn Gruppen wesentlich besser ausgerüstet, ausgebildet und finanziert werden, können ihre Angriffe strategischer werden und sowohl Zivilisten als auch Sicherheitskräften größeren Schaden zufügen. Dies könnte dazu führen, dass sich die Sicherheitskräfte verstärken und die Angriffe auf Separatisten und Zivilisten zunehmen. Darüber hinaus gibt es den Verdacht, dass Separatisten zunehmend für Angriffe außerhalb der anglophonen Regionen verantwortlich sind. Können diese Vorwürfe bewiesen werden, würde dies signalisieren, dass Separatisten in der Lage sind, Gewalt außerhalb der anglophonen Regionen zu provozieren, was wiederum zu einer weiteren Eskalation von Gewalt führt mit

dem Risiko, dass noch viel mehr Zivilisten (einschließlich intern vertriebener Anglophoner in benachbarten frankophonen Regionen) unter Druck geraten.

4. SICHERHEITSKRÄFTE GLAUBEN SICH VOR STRAFVERFOLGUNG SICHER, IRRE MILITÄRANGRIFFE AUF ZIVILISTEN HÄUFEN SICH

Da die Krise anhält und die Sicherheitskräfte nicht zur Rechenschaft gezogen werden, verüben sie zunehmend brutale Angriffe auf Zivilisten, einschließlich des Angriffs auf ehemalige sichere Orte wie Krankenhäuser, Gesundheitseinrichtungen und Paläste traditioneller Führer (Chiefs). Die Gewalt schaukelt sich auf. Da auch separatistische Gruppen gewalttätiger werden, spüren die Sicherheitskräfte offenbar Freiheit, ungestraft zu handeln.

5. KEINE SEITE SCHEINT KONZESSIONEN FÜR EINE POLITISCHE LÖSUNG ZU MACHEN.

Immer mehr Anglophone Kameruner neigen zu einem Aufruf zur Unabhängigkeit. Vor allem aufgrund der halbherzigen Reaktion der Regierung auf anglophone Missstände sehen viele Anglophone, die zu Beginn der Krise bereit waren, über Föderalismus zu diskutieren, keine Lösung außer der Unabhängigkeit. Unterdessen ist die kamerunische Regierung entschlossen, einen militärischen Sieg über die Separatisten zu erringen. Ende 2019 bekräftigte Präsident Biya sein Engagement für den Einsatz militärischer Gewalt gegen Separatisten, obwohl auf internationaler Ebene anerkannt wurde, dass die Krise eine politische Lösung erfordert. Die Regierung weigert sich, bedeutende Zugeständnisse bei wichtigen anglophonen Missständen zu machen, einschließlich politischer Autonomie und Anerkennung historischer und struktureller Ungleichheiten. Angesichts immer ausgefeilterer bewaffneter Separatistengruppen wird die Strategie einer militärischen Lösung die Krise nur verlängern.

6. DAS AMTSENDE AUFGRUND VON TOD DES ALTERSPRÄSIDENTEN KANN EIN MACHT-VAKUUM HINTERLASSEN, DAS DIE ANGLOPHONREGIONEN WEITER ZERSTÖREN KÖNNTE.

Trotz seiner fragilen Gesundheit hat der 87-jährige Präsident Biya seit 1982 die Macht fest im Griff. Er hat es nicht geschafft, seine Nachfolge im Sinne eines friedlichen politischen Übergangs zu regeln. Ein abruptes Ende seiner Herrschaft könnte zu einem chaotischen und möglicherweise gewalttätigen Machtkampf führen, der die anglophone Krise weiter eskalieren lassen kann. Separatisten würden vermutlich das Machtvakuum nutzen, um weitere Angriffe durchzuführen, und das Rapid Intervention Battalion (BIR), Kameruns Elite-Sicherheitsgruppe, die angeblich Biya gegenüber loyal ist, könnte seine Angriffe ohne jegliche Begrenzung auf Zivilisten ausweiten. Andererseits könnte eine Machtverschiebung auch ein neues Denken und stärkere Impulse für eine Verhandlungslösung in der Krise bedeuten.

7. ÖFFENTLICHE EREIGNISSE SIND POTENZIELLE AUSLÖSER.

Politische Reden über Feiertage und öffentliche Ereignisse wie Wahlen – einschließlich des Gedankens, dass es inmitten der anglophonen Krise nationale Feiertage oder „freie und faire“ Wahlen geben könne – haben stets Empörung unter Separatisten hervorgerufen und sie dazu veranlasst, Ausgangssperren zu verhängen. Diese Lockdowns sind oft Vorwand für weitere Gewalt gegen Zivilisten, wie im Vorfeld der Wahlen im Februar 2020. Obwohl die meisten öffentlichen Veranstaltungen einschließlich des Nationalfeiertags in Kamerun am 20. Mai aufgrund der COVID-19-Pandemie abgesagt wurden, könnten künftige öffentliche Veranstaltungen solche Gewalt auslösen, wenn die kamerunische Regierung keine Bemühungen um einen integrativen Dialog unternimmt.

Politische Optionen

Anglophone Beschwerden sind langjährig und tief verwurzelt. Die Lösung der Krise erfordert einerseits die Verpflichtung des Staates nach Treu und Glauben, um wesentliche Missstände direkt anzugehen, und andererseits die Bereitschaft der Separatisten, an den Verhandlungstisch zu kommen.

FÜR DIE REGIERUNG VON KAMERUN

- Akte der Gewalt gegen Zivilisten durch staatliche Sicherheitskräfte einstellen
- einen glaubwürdigen Vermittlungsprozess beginnen, der die Stimmen bewaffneter Gruppen, der Zivilgesellschaft und der betroffenen anglophonen Gemeinschaften einschließt.
- diskriminierende Praktiken gegen Anglophone beenden und anglophone Repräsentanten und betroffene Gemeinschaften einbeziehen in den Gesprächsprozess zur Förderung einer angemessenen Vertretung in Schulen, Gerichten und anderen zivilen Infrastrukturen der Region.
- eine glaubwürdige und von der AU und / oder den Vereinten Nationen unterstützte Untersuchung aller Vorkommnisse von Missbrauch in Gang setzen und eine unabhängige Organisation einsetzen, die alle Gräueltaten untersucht, und sicherstellen, dass sowohl auf staatlicher als auch auf separatistischer Seite die Täter gemäß internationaler gesetzlicher Standards zur Rechenschaft gezogen werden.
- den Zugang humanitärer Organisationen zu den anglophonen Regionen verbessern.

FÜR ANGLOPHONE BEWAFFNETE SEPARATISTENGRUPPEN UND IHRE ANFÜHRER

- gezielte Bekämpfung von Zivilisten einstellen und falls die Regierung einen Waffenstillstand erklärt, alle Feindseligkeiten gegen staatliche Institutionen und mit ihnen verbundene Personen einstellen.

- jahrelange Schließung von Schulen und Druck gegen Lehrkräfte in anglophonen Regionen beenden.
- an einem glaubwürdigen Vermittlungsprozess teilnehmen, wenn Vertreter der Zivilgesellschaft und betroffener anglophoner Gemeinschaften beteiligt sind.
- mit internationalen Ermittlungsteams und Institutionen zusammenarbeiten, die mit der Sammlung von Informationen aus den anglophonen Gebieten beauftragt sind.

FÜR AUSLÄNDISCHE REGIERUNGEN

- eine Bewertung der Risiken für weitere Gräueltaten und Präventions- und Deeskalationsstrategien durchführen, einschließlich der folgenden:
 - Regierung und der Separatisten ermutigen und darin unterstützen, dass sie externe Hilfe in einem glaubwürdigen Vermittlungsprozess annehmen.
 - sicherstellen, dass militärische Unterstützung in keinem Fall direkt oder indirekt Gewalt gegen Zivilisten befördert. Sicherheitshilfe mit nachweisbaren Fortschritten der kamerunischen Regierung bei dem Schutz der Zivilbevölkerung, der Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen und bei der Förderung der Rechenschaftspflicht für solche Verbrechen verknüpfen.
 - über UN-Sicherheitsrat, die Generalversammlung, den Menschenrechtsrat oder den Generalsekretär eine förmliche Untersuchung der Kommission für Gräueltaten in Kamerun einleiten.
 - einen Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Kamerun durch die Vereinten Nationen oder die AU fordern.
 - gezielte Sanktionen ins Gespräch bringen gegen Angehörige von Sicherheitskräften und separatistische Führer auch in der Diaspora, die Angriffe auf Zivilisten begehen, unterstützen oder begünstigen.

FÜR DIE AFRIKANISCHE UNION

- AU-Friedens- und Sicherheitsrat (AUPSC): Kamerun auf seine Tagesordnung setzen und die verfügbaren Präventionsinstrumente nutzen, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die Aktivierung des Gremiums der Weisen zur anglophonen Krise.
- AUPSC: von ihrem kontinentalen Frühwarnsystem die monatliche Aktualisierungen der Kriseninformation anfordern und geeignete Maßnahmen ergreifen, um auf die erhaltenen Frühwarnungen zu reagieren.
- Einen Sonderbeauftragten ernennen, um den Dialog zwischen der kamerunischen Regierung und separatistischen Gruppen zu erleichtern. Für den Dialog sicherstellen, dass die Zivilgesellschaft und die betroffenen Gemeinschaften vertreten sind.
- eine Untersuchungskommission der AU einsetzen, wenn die kamerunische Regierung nicht umgehend eine glaubwürdige und umfassende Untersuchung der Gräueltaten und Verbrechen einleitet.

- ein Monitoring der Kamerun-Krise durchführen gemäß Punkt zwei der Master-Roadmap der AU für praktische Schritte zur Stilllegung der Waffen in Afrika bis zum Jahr 2020 mit „Fällen der Ablehnung von Frühwarnzeichen bei drohenden Krisen“.

<https://www.ushmm.org/genocide-prevention/countries/cameroon>